Massnahmenpaket 2024
Fragebogen für die Rückmeldung zur Vernehmlassung

Wir sind Ihnen dankbar, wenn Sie sich für Ihre Stellungnahme zum Massnahmenpaket 2024 an der Struktur dieses Formulars orientieren. Sie erleichtern damit die Auswertung der Vernehmlassung. Besten Dank.

Angaben zum Absender / zur Absenderin
Organisation SVP Uri
Name / Vorname (hilfreich für allfällige Rückfragen) Arnold Alois, Fraktionspräsident
E-Mailadresse / Telefonnummer (hilfreich für allfällige Rückfragen)

Allgemeine Rückmeldung

Mit dem Massnahmenpaket 2024 sind wir grundsätzlich einverstanden und tragen es im Sinne der Entlastungsymmetrie mit.

☐ Ja

☐ Ja, obwohl wir mit in einzelnen Massnahmen (siehe nachfolgende Rückmeldungen) nicht einverstanden sind.

☒ Nein

Erfassen Sie hier bitte Ihre <u>allgemeine</u> Rückmeldung zum Massnahmenpaket 2024.

Die SVP Uri begrüsst es, dass die Regierung den Fokus auf die Aufwandseite und die jährlich wiederkehrenden Kosten gelegt hat. Generell zeigt sich, dass der gesamte Prozess rund um das Spar-

und Massnahmenpaket zeitlich unter grossem Druck stand. Bei den Diskussionen rund um die Beteiligung der Gemeinden am Spar- und Massnahmenpaket hat sich dieser Zeitdruck als «Stolperstein» erwiesen. Die Urner Gemeinden stellen sich einheitlich gegen das Spar- und Massnahmenpaket des Kantons. Die SVP Uri ist aufgrund dieser Ausganslage der Ansicht, dass auf die Streichung/Abschaffung des Globalbilanzausgleichs zu verzichten ist. Grundsätzlich handelt es sich dabei lediglich um eine Verschiebung von Kosten von einer Staatsebene auf eine andere und nicht um eine Sparmassnahme im engeren Sinn. Wir sind weiter der Ansicht, dass der innerkantonale Finanzausgleich auf dessen Funktionalität zu überprüfen ist. Insbesondere im Bereich des Ressourcenausgleich sehen wir einen gewissen Handlungsbedarf. Die Disparität zwischen den Urner Gemeinden ist mit den Entwicklungen rund um das Tourismusresort Andermatt in der Vergangenheit angestiegen.

Die mit der Steuerstrategie vollzogene Steuersenkung sowie die Einführung der Flat-Rate-Tax bei den nat. Personen wird von der SVP Uri nach wie vor unterstützt. Bei der Entwicklung der Steuern der jur. Personen sehen wir dies etwas kritischer. Die Mindereinnahmen aus den vergangenen Steuergesetzrevisionen fehlen der Urner Staatskasse, da die positive Wirkung der tiefen Steuersätze nicht die gewünschte Wirkung bei der Neuansiedlung von neuen Gewerbebetrieben gezeigt hat.

Für eine langfristige gesunde Entwicklung sind die Investitionen von zentraler Bedeutung. Diese belasten die Erfolgsrechnungen mit jährlich wiederkehrenden Kapitalkosten (sprich Zinsen und Abschreibungen). Hier ist aus Sicht der SVP Uri zukünftig der «Gürtel enger zu schnallen». Es ist zwingend zwischen «Notwendigem» und «Wünschbarem» zu unterscheiden.

Auch die Systematik der aktuellen Schuldenbremse ist nochmals kritisch zu hinterfragen und die Einführung von finanzpolitischen Instrumenten, wie diese bei anderen Kantonen im Einsatz sind, sind einzuführen (von uns mittels Vorstoss gefordert).

Weiter verweisen wir auf unsere nachfolgenden Ausführungen zu den einzelnen Massnahmen.

Rückmeldungen zu Massnahmen A: Transferaufwand	
Massnahme	**Ihre Rückmeldung zu den einzelnen Massnahmen**
A01	Paritätische Finanzierung des Sozialplans durch Kanton und Gemeinden Mit der Aufgabenteilung im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des FiLag wurde der Sozialplan dem Kanton zugeteilt. Im Sinne von klaren Zuständigkeiten sowie einfachen und effizienten Prozessen hat sich dies in der Vergangenheit bewährt. Es ist deshalb nicht nachvollziehbar, wieso eine neue «Mischaufgabe» geschaffen werden soll. Wir lehnen diese Massnahme ab.
A02	Kostensenkung in der wirtschaftlichen und persönlichen Sozialhilfe für Personen mit Schutzstatuts S Es handelt sich hierbei um eine Zielvorgabe des Bundes. Wieso diese nun im Massnahmenpaket aufgeführt wird, ist uns nicht klar. Die höhere Beschäftigungsquote wird von uns im Grundsatz unterstützt.
A03	Streichung Kantonsbeitrag an die psychosoziale Beratung im Asyl und Flüchtlingswesen Massnahme wird unterstützt. Keine weiteren Bemerkungen.
A04	Reduktion bei NRP-Beiträgen Die Reduktion soll aufgrund einer Priorisierung der Projekte erfolgen (z. B. öffentliches Interesse, nachhaltig wirtschaftlicher Betrieb usw.) und nicht aufgrund von einer generellen Kürzung. Massnahme wird unterstützt.
A05	Reduktion der Beiträge für alternative Mobilitätsformen Massnahme wird unterstützt. Keine weiteren Bemerkungen.
A06	Einsparungen bei NRP-Beiträgen Programm San Gottardo Die Reduktion soll aufgrund einer Priorisierung der Projekte erfolgen (z. B. öffentliches Interesse, nachhaltig wirtschaftlicher Betrieb usw.) und nicht aufgrund von einer generellen Kürzung. Massnahme wird unterstützt.

Rückmeldungen zu Massnahmen B: Betriebs- und Sachaufwand	
Massnahme	**Ihre Rückmeldung zu den einzelnen Massnahmen**
B01	Weitgehender Verzicht auf Drucksachen, Publikationen. Möglichst digital. Im Grundsatz unterstützen wir die Massnahme. Ein Grossteil der Flyer oder Informationsblätter kann aus unserer Sicht digital erfolgen. Im Hinblick auf die Personalressourcen ist die Erstellung eines Teils der Dokumente im Grundsatz kritisch zu hinterfragen (braucht es alle?). In der Vergangenheit wurde die Anzahl an Publikationen über alle Direktionen stark ausgebaut. Die wiederkehrenden Kosten (insbesondere auch der Personalaufwand) dürften nicht unbedeutend sein.
B02	Einschränken von Lizenzen, Rechenzentren einsparen. Massnahme wird unterstützt. Keine weiteren Bemerkungen.
B03	Reduktion der Beiträge an Gemeinden für den baulichen Unterhalt von Nebenwander- und Nebenbikewegen Ein Beitrag von 10 Prozent an die Gemeinden für den Unterhalt von Nebenwander- und Nebenbikewegen ist betriebswirtschaftlich ein «Witz». Der administrative Aufwand für einen Beitrag von ein paar Franken ist aus unserer Sicht zu hoch. Die Beiträge an die Nebenwander- und Nebenbikewege sind konsequenterweise ganz zu streichen, so kann auch der administrative Aufwand reduziert werden.
B04	Spätere Passöffnungen Die Urner Alpenpässe sind nicht nur wichtige Verkehrsverbindungen in unsere Nachbarkantone sondern auch wirtschaftlich und touristisch von grosser Bedeutung. Ein spätere Passöffnung erachten wir gesamtwirtschaftlich als wenig zielführend. Die damit verbundenen Einschränkungen und die möglichen wirtschaftlichen Einbussen im Bereich Tourismus rechtfertigen die Einsparung von CHF 100'000 nicht. Weiter stellt sich die Frage, ob diese Massnahme mit den betroffenen Nachbarkantonen abgesprochen ist. Wir lehnen diese Massnahme ab.

Rückmeldungen zu Massnahmen B: Betriebs- und Sachaufwand	
Massnahme	**Ihre Rückmeldung zu den einzelnen Massnahmen**
B05	Keine Digitalisierungsprojekte, die nicht einen quantifizierbaren finanziellen Nutzen bringen Uns stellt sich die Frage, wieso das nicht bereits vorher gemacht wurde. Die Digitalisierung darf nicht der Digitalisierung wegen umgesetzt werden, sondern soll (muss) zu Effizienzsteigerungen führen. Die Massnahme wird unterstützt.
B06	Einsparungen beim IT-Sachaufwand Amt für Informatik Massnahme wird unterstützt. Keine weiteren Bemerkungen.

Rückmeldungen zu Massnahmen C: Personal / Teuerungszulage	
Massnahme	**Ihre Rückmeldung zu den einzelnen Massnahmen**
C01	<u>Temporäre Kürzung der Teuerungszulagen Personal</u> Der Personalaufwand ist eine der grössten Aufwandposition in der Kantonsrechnung. Dass dieser bei einem Spar- und Massnahmenpaket ebenfalls betroffen ist, ist nachvollziehbar. Die Massnahme ist einfach, hat eine relativ grosse finanzielle Wirkung und trifft alle Mitarbeitenden gleich. Generell stellt sich die Frage, ob es mittelfristig klug ist, an der Teuerungszulage zu «schrauben». Offen ist für uns, ob beim Personalaufwand nicht auch mittels Digitalisierung, Optimierungen oder via einer Verwaltungsreform zukünftig Einsparungen erzielt werden könnten (oder zumindest das stetige Wachstum gestoppt werden kann), ohne dass der Teuerungsausgleich generell gekürzt werden muss. Im Kontext des immer wieder erwähnten Fachkräftemangels in einzelnen Bereichen, erachten wir eine generelle Lohnkürzung im Hinblick auf die Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber kritisch. Weiter fehlt uns im Besoldungssystem nach wie vor eine stärkere Leistungskomponente. Im Sinne einer kurzfristigen Einsparung unterstützen wir die Massnahme. Mittelfristig erachten wir diese als nicht zielführend. Mittels der Verwaltungsreform muss das stetige Wachstum beim Personalaufwand gestoppt werden – notfalls mittels einer Plafonierung des Globalbudgets.

Rückmeldungen zu Massnahmen D: Globalbilanzausgleich	
Massnahme	**Ihre Rückmeldung zu den einzelnen Massnahmen**
D1	Aufhebung Globalbilanzausgleich und Solidarbeitrag der Gemeinden Es zeichnet sich ab, dass sich die Urner Gemeinden geschlossen gegen die Aufhebung des Globalbilanzausgleiches und des Solidarbeitrages der Gemeinden aussprechen. Es erscheint uns unrealistisch, dass aufgrund dieser Ausgangslage Mehrheiten für diese Massnahme zu gewinnen sind. Festzuhalten ist, dass die Gemeinden den Kanton bereits heute in einer Notlage mittels eines Solidarbeitrages unterstützten, was im Budget 2025 bereits geschieht. Im Grundsatz handelt es sich bei dieser Massnahme mehr um eine Kostenverschiebung vom Kanton zu den Gemeinden als um eine Sparmassnahme. Aufgrund dieser Ausgangslage lehnen wir die Massnahme ab.
D2	Anpassung der Berechnung der Ressourcenpotenzials bei den juristischen Personen Der Systemfehler bei der Berechnung ist zu beheben. Die Massnahme wird unterstützt.
D3	Anpassung des Betrages in den Zwischenjahren im Lastenausgleich Massnahme wird unterstützt. Keine weiteren Bemerkungen.

Rückmeldungen zu Massnahmen E: Mehrerträge	
Massnahme	**Ihre Rückmeldung zu den einzelnen Massnahmen**
E01	Erhöhung Gewinnablieferung UKB Die Erhöhung der Gewinnablieferung auf 10 Mio. Franken jährlich wird unterstützt. Die UKB verfügt über eine gesunde Eigenkapitalquote, weshalb die erhöhte Gewinnablieferung für die UKB verkraftbar ist, ohne die finanziellen Risiken unnötig zu erhöhen. Die Ablieferung entspricht auch den Vorgaben der Eignerstrategie.
E02	Erhöhung der Ordnungsbusseneinnahmen durch Enforcement der Staumanagementmassnahmen (Ausfahrtdosierung Wassen) Massnahme wird unterstützt. Für uns stellt sich die Frage, inwieweit die Durchsetzung bzw. das Inkasso bei Fahrzeuglenkenden aus dem Ausland durchgesetzt werden kann.
E03	Teilweise Anpassung Strassenverkehrssteuer an Landesindex der Konsumentenpreise Die angefallene Teuerung seit der letzten Anpassung der Strassenverkehrssteuern im Jahr 1998 wird nicht bestritten. Nichtsdestotrotz erachten wir die Anhebung um 10 Prozent als eher hoch. Wir geben zu bedenken, dass drei der fünf geplanten Massnahmen zum Generieren von Mehreinnahmen die Autofahrerinnen und Autofahrer betreffen. Diese Mehrbelastung erscheint uns einseitig. Sollte mit der Erhöhung gleichzeitig auch noch die Systematik der Berechnung (Stichwort, Ökologisierung der Strassenverkehrssteuer) angepasst werden, lehnen wir diese ab.
E04	Erhöhung der Ordnungsbusseneinnahmen durch Erhöhung Anzahl an Geschwindigkeitsmessungen auf der Autobahn Massnahme wird im Grundsatz unterstützt. Auch hier stellt sich für uns die Frage, inwieweit die Durchsetzung bzw. das Inkasso bei Fahrzeuglenkenden aus dem Ausland durchgesetzt werden kann. Weiter sollte bei Geschwindigkeitsmessungen die Erhöhung der Verkehrssicherheit und nicht die Generierung von Mehreinnahmen im Vordergrund stehen.

Rückmeldungen zu Massnahmen E: Mehrerträge	
Massnahme	**Ihre Rückmeldung zu den einzelnen Massnahmen**
E05	Schulgeld an der Kantonalen Mittelschule Massnahme wird unterstützt. Keine weiteren Bemerkungen.

Rückmeldungen zu Massnahmen F: Nettoinvestitionen	
Massnahme	**Ihre Rückmeldung zu den einzelnen Massnahmen**
F01	Verschiebung Sanierung Bristenstrasse Massnahme wird unterstützt. Es handelt sich dabei streng genommen um keine Sparmassnahme sondern um eine Verschiebung – aufgeschoben ist nicht aufgehoben.
F02	Verschiebung Umbauten behindertengerechte Bushaltestellen Massnahme wird unterstützt. Es handelt sich dabei streng genommen um keine Sparmassnahme sondern um eine Verschiebung – aufgeschoben ist nicht aufgehoben.
F03	Unterbruch Radwegausbau Massnahme wird unterstützt. Keine weiteren Bemerkungen.
F99	Reduktion Investitionen aufgrund Realisierungsgrad Massnahme wird unterstützt. Keine weiteren Bemerkungen.

Besten Dank für Ihre Rückmeldung **bis am Montag, 22. April 2025** per E-Mail an Rolf Müller, Generalsekretär Finanzdirektion (E-Mail: rolf.mueller@ur.ch).

Freundliche Grüsse

Finanzdirektion

sign.

Rolf Müller, Generalsekretär